



Milan Frühbauer

Dkfm. Milan Frühbauer, Jahrgang 1947, studierte von 1965 bis 1969 an der Hochschule für Welthandel in Wien. Nach einem Intermezzo in der Kreditwirtschaft trat er 1972 in die Vereinigung Österreichischer Industrieller als Mitarbeiter der Presseabteilung ein. Ab 1979 übernahm er die Leitung der Presseabteilung der VÖI sowie die Chefredaktion der Wochenzeitschrift „industrie“. 1980 wurde er mit der Gesamtleitung des Bereiches Kommunikation der Industriellenvereinigung betraut. Von 1989 bis Mitte 1998 war er parallel dazu auch Mitglied der Geschäftsführung des Signumverlages, einer Tochtergesellschaft der Industriellenvereinigung. Darüber hinaus beschäftigte er sich als Vereinsvorstand des Institutes für Wirtschaft und Politik mit Fragen der gesellschaftspolitischen Kommunikation an die Adresse definierter Zielgruppen. Im Zuge der Kommunikationskampagne für die EU-Volksabstimmung im Juni 1994 war er als Koordinator der industriellen Aktivitäten in diesem umfassenden Projekt eingesetzt. Sein außerberufliches Engagement gilt der Politik sowie den Standesvertretungen der Öffentlichkeitsarbeiter ebenso wie der Journalisten. Knapp 11 Jahre war Frühbauer Mitglied des Vorstandes des PRVA, darunter von 1996 bis 2000 dessen Präsident. 1999 wechselte Milan Frühbauer in den Manstein Verlag, vorerst als Herausgeber aller dort erscheinenden Publikationen, später auch als Geschäftsführer. Er ist auch derzeit im Manstein Verlag als Kommentator sowie darüber hinaus journalistisch als freier Autor tätig. Sein primäres Interesse gilt der Wirtschaftspolitik, ökonomischen Strukturfragen und der gesellschaftspolitischen Implikation wirtschaftlichen Handelns generell. Frühbauer ist Vizepräsident des Friedrich Kummer Institutes für Journalistenausbildung, Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Auflagenkontrolle (ÖAK), Mitglied des Radiobeirates bei der Radio- und Telekom-Kontrollbehörde RTR innerhalb der KommAustria sowie Lektor am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien.

Kontakt

Dkfm. Milan Frühbauer
Manstein Zeitschriftenverlagsges.m.b.H.
Brunner-Feldstraße 45
A-2380 Perchtoldsdorf
www.manstein.at
E-Mail: m.fruehbauer@manstein.at

Milan Frühbauer

Wirtschaftserfolge und Verständnisrezession

*„Der ökonomische Wissensstand der meisten innenpolitischen Redakteure Österreichs ist ein Skandal“. Diese unge-
wohnt emotionale Bemerkung stammt nicht etwa von
Teilnehmern aus dem medienpolitischen Arbeitskreis eines
Unternehmerverbandes, sondern vom Chefredakteur der
„Wiener Zeitung“, Andreas Unterberger. Getroffen bei einer
Podiumsdiskussion anlässlich einer Festveranstaltung zum
25-jährigen Bestehen des Friedrich Funder Institutes, das
sich mit der Ausbildung von jungen Menschen für den
Journalistenberuf beschäftigt.
Recht hat er!*

Der journalistische Alltag in der innenpolitischen Berichterstattung gibt ihm ebenso Recht wie die mehr als dichte Abfolge von Politikerdiskussionen, die in Sommergesprächen und TV-Konfrontationen auf den politinteressierten TV-Zuseher niederprasselte. Gabi Waldner und Ingrid Thurnher sind den wirtschaftspolitischen Zusammenhängen kaum gewachsen gewesen. Dort wo ökonomische Themen zur Sprache kamen, konnten die jeweiligen Politiker mit den eingelegten und eingelernten Argumentationsmustern mühelos über die Runden kommen.

Beispiel gefällig? SPÖ-Vorsitzender Gusenbauer beklagt wortreich und mit Fairness-Gebärde, dass das Aufkommen der Körperschaftssteuer deutlich zurückgegangen sei, ein Beweis dafür, dass es sich die großen Konzerne „richten“ könnten.

Wahr ist, dass bei einer Rücknahme des Körperschaftssteuersatzes von 34 auf 25 Prozent das Aufkommen naturgemäß sinken muss. Was auch erklärtes Ziel dieses Teils der Steuerreform gewesen ist. Frau Waldner hingegen – sich stets auf das WIFO als Kronzeugen, statt auf den eigenen, faktenbasierten Wirtschaftswissensstand berufend – ging ob solcher Antworten gleich zur nächsten Frage über

In einem Medium, das seit Jahren die Begriffe Kündigung und Entlassung praktisch synonym verwendet, darf einen das letztlich nicht mehr wundern. Auch nicht öffentlich-rechtlich. Aber ärgern wird man sich noch dürfen.

Es gibt mittlerweile kaum mehr ein so genanntes innenpolitisches Thema, dem nicht eine handfeste, ökonomische Implikation zu-

*Ökonomischer
Wissensstand ein
Skandal*

*G. Waldner,
I. Thurnher:
überfordert?*

*Gusenbauer und die
Körperschaftssteuer*

*Frau Waldner ging
gleich zur nächsten
Frage über*

*„Entlassung“ und
„Kündigung“
synonym verwendet*

Kenntnis ökonomischer Grundzusammenhänge unabdingbar

grunde liegt. Ob Kulturpolitik, ob Soziales, ob Infrastruktur oder Familienpolitik – alles ist längst zu einer Querschnittsmaterie geworden, der man sich journalistisch nicht mehr ohne einigermaßen profunde Kenntnisse ökonomischer Grundzusammenhänge nähern kann. Doch man nähert sich – Tag für Tag.

Ressortteilung zwischen Innenpolitik und Wirtschaft: ein Anachronismus

Deshalb ist die klassische Ressortteilung zwischen Innenpolitik und Wirtschaft, in Printmedien wie in den elektronischen eine Heilige Kuh des jeweiligen Redaktionsorganigramms, ein Anachronismus der Sonderklasse. Die thematische Gliederung der journalistischen Arbeitsweise erweist sich als Ausdruck des rigiden Strukturkonservatismus. Was besonders überrascht, weil es sich bei den Journalisten ja um einen Berufsstand handelt, der praktisch täglich von den Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Gesellschaft – nicht selten mit den Mitteln der kategorischen Imperativs – die permanente Anpassung an neue Rahmenbedingungen und das Überbordwerfen überkommener Organisationsstrukturen einfordert.

Nur die eigenen Ressortteilungen werden gehütet wie die exempten Prälaturen.

Warum diese kritischen Bemerkungen an den eigenen Berufsstand?

Im Nationalratswahlkampf kam Ökonomisches unter die Räder

Journalistenschelte ist nicht das Hauptthema. Sondern es geht um die Frage, warum in diesem Nationalratswahlkampf 2006 die wirtschaftspolitische Diskussion, das redliche Streiten mit Daten und Fakten, die Interpretation dessen was ökonomisch ist und dessen programmatische Interpretation wieder einmal unter die Räder gekommen ist. Zumal es just die Medien selbst waren, die – vor allem in der Schlussphase der Wahlauseinandersetzung – das Niveau, die polemische Untergriffbarkeit und das Konzentrieren auf Insiderthemen (Listenplatz, Listenbezeichnung etc.) wortreich beklagt haben.

Ökonomie ist zumutbar

Die Wahlprogramme widmeten sich der Wirtschaft

Die Generalabsolution für die Wirtschaftsferne der politischen Auseinandersetzung ist schnell zur Hand. Die Parteien und ihre Spitzenpolitiker selbst mieden den wirtschaftspolitischen Tiefgang und das breite Publikum sei ohnedies nicht in der Lage einer Diskussion etwa über sinkende Steuerquoten und steigende Beschäftigungsquoten zu folgen. Das ist die halbe Wahrheit: Die Programme der wahlwerbenden Parteien widmen – mit Ausnahme von Strache und Martin, die sich als monothematische Nischenanbieter bzw. Überschriftenskandierer verstehen – der Wirtschaftspolitik, vornehmlich der Steuer- und Sozialpolitik, der Arbeitsmarktpolitik, aber auch anderen, durchaus wirtschaftsaffinen Themen größere Aufmerksamkeit .

Im Vorfeld der Intensivphase des Wahlkampfes war durchaus unumstritten, dass es sich diesmal um eine primär wirtschaftspolitische Auseinandersetzung handeln würde.

Die Akteure aus der Regierungskoalition haben es auch immer wieder versucht. Der Finanzminister mit den Eckpunkten der

nächsten Steuerreform, die eine Streichung der Erbschaftsteuer bringen soll, der Wirtschaftsminister mit den sensationellen Außenhandelsdaten und der Trendwende auf dem Arbeitsmarkt, der Bundeskanzler mit seiner für ihn charakteristischen Detailkenntnis so gut wie aller Querschnittsmaterien mit ökonomischer Implikation.

Oppositionsführer Gusenbauer bediente schon eher die Ängste. Das ist legitim, aber es funktioniert nur dann, wenn man ihn seine „österreichische Grottenbahn“ – von Rekordarbeitslosigkeit über Gruppenbesteuerung bis zur angeblichen Bildungsmalaise – unreflektiert, und ohne Einbettung in ein objektives internationales Benchmarking – trassieren lässt.

Das alles funktioniert in einem Lande, in dem die Kenntnis von den wirtschaftlichen Zusammenhängen – datengestützt und wissensbasiert – na, sagen wir es vorsichtig, unterentwickelt ist. Aber, das wäre wieder ein ganz anderes Thema....

Was kaum zur Sprache kam

Wagen wir also den Versuch eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bilanz zu ziehen, wie sie in einem Wahlkampf zu ziehen gewesen wäre. Zumal in einer Epoche, die doch angeblich vom Primat des Ökonomischen dominiert ist.

Unterstellen wir, die politischen Akteure hätten sich einer an Fakten orientierten Auseinandersetzung gestellt und unterstellen wir weiters, die sich in ihrer Formalqualifikation tatsächlich auf dem Weg zur Wissensgesellschaft befindliche Mehrheit der Wähler könnte einer solchen einigermaßen folgen.

Gehen wir davon aus, die noch vor einigen Jahren viel zitierten Lissabon-Kriterien wären nicht in kollektive Vergessenheit geraten und wären weiterhin wichtige Parameter bei der Messung der Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele und der Positionierung Österreichs im EU-Konzert der Industriestatten, die selbst unter den Bedingungen der Globalisierung am dem Ziel festhalten, die Europäischen Union bis zum Jahr 2010 zur dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsregion dieses Erdballs zu machen.

Eine weitere Prämisse für das Gedankenexperiment eines überzeugend wirtschaftspolitischen Wahlkampfes: Die Annahme, die Mehrheit der österreichischen Absolventen des sekundären Bildungssystems (also AHS und BHS-Maturanten sowie die angehenden Akademiker) wüssten, was das BIP ist, könnten sich unter dem Begriff Netto-Neuverschuldung im Staatshaushalt etwas vorstellen und seien in der Lage, auf Anhieb die vier Sozialpartnerinstitutionen im Land aufzählen bleibt – aus eigener universitärer Erfahrung des Autors – leider eine „Unterstellung“. Im landläufigen Sinne des Begriffes.

Dabei haben die Änderungen der ökonomischen Verhältnisse in Österreich in den vergangenen Jahren dramatische Ausmaße erreicht. Vom Verlust der Arbeitsplätze an das Ausland, von der angeblich immer ungerechter werdenden Einkommensverteilung,

*Des Bundeskanzlers
Detailkenntnis*

*Gusenbauer bediente
die Ängste:
eine „österreichische
Grottenbahn“*

*Österreich:
unterentwickelte
Wirtschaftskenntnis*

*Ziehen wir eine
ökonomische Bilanz*

*Vergessene
Lissabon-Kriterien*

*Grundwissen ist
gefragt: BIP,
Neuverschuldung,
Sozialpartner etc.*

*Am Stammtisch eine
atemberaubende
Dichte negativer
Stereotype*

von einem würgenden Konzentrationsprozess, vom knebelndem Steuerdruck für den Mittelstand, von der wachsenden Zahl der Armutsgefährdeten und dem Ausverkauf des Landes nach EU-Beitritt ist in der wirtschaftlichen Diskussion permanent die Rede. Wer heutzutage am Stammtisch, in Freundesrunden, aber auch in Intellektuellenzirkeln eine wirtschaftliche Diskussion losbricht oder Ohrenzeuge ihres Losbrechens wird, der stößt in atemberaubender Dichte auf diese Stereotype.

*Rolle der
EU-Erweiterung*

Es ist höchste Zeit gegen zu steuern. Wahr ist vielmehr:

- Österreich hat seit seiner endgültigen Teilnahme am wirtschaftlichen Einigungsprozess Europas, vor allem aber als Ergebnis der EU-Erweiterung um die MOEL-Staaten zwei volkswirtschaftliche Saldendrehungen erzielt, deren Bedeutung in der Öffentlichkeit viel zu wenig gewürdigt wird.

*Die Handelsbilanz
wurde ins Positive
gedreht*

- Nach Jahrzehnten strukturell chronisch passiver Handelsbilanz kann dieses Land auch heuer wieder ein Aktivum im Außenhandel erzielen. Das heißt, die Exporte sind wertmäßig abermals höher als die Importe. Die Exportleistung wird 2006 voraussichtlich 105 Mrd. Euro erreichen. Das sind fast 40 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes. Oder andersrum: Österreich führt täglich Waren im Werte von rund 270 Mio. Euro aus, statistisch gesehen. Tag für Tag, auch an Sonntagen.

*Keine Rede vom
„Ausverkauf“ der
Wirtschaft
Österreichs*

Markige Sprüche versus ökonomische Fakten

- Die Legende vom angeblichen Ausverkauf der österreichischen Wirtschaft an ausländische Investoren in Konsequenz der Globalisierung und der freien Kapitalströme ist leicht falsifizierbar. Seit dem Jahre 2004 ist die Summe der aktiven Direktinvestitionen, also der Auslandsbeteiligungen österreichischer Unternehmen an ausländischen Firmen, spürbar höher als die Summe der passiven Direktinvestitionen, also Auslandsbeteiligungen an heimischen Unternehmen. Österreichs Auslandsengagement macht mittlerweile 23,5 Prozent des BIP aus. Die Differenz zu den passiven Direktinvestitionen liegt bei mehr als 7 Mrd. Euro. Dieses Land hat die Chancen, die von der EU-Erweiterung im Osten und Südosten Europas geboten wurden, genützt wie kein anderes Land innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft. In vielen dieser Zielländer ist Österreich der Auslandsinvestor Nummer eins.

*Österreich als
Investor Nummer
eins*

*Österreich bei der
Beschäftigung unter
den TOP 3 in Europa*

- Allen arbeitsmarktpolitischen Unkenrufen zum Trotz: Mit einer Beschäftigungsquote von knapp 70 Prozent (Anteil der Beschäftigten an den 15 bis 65-Jährigen) zählt Österreich zu den Top 3 innerhalb der EU. Gewiss, die Arbeitslosigkeit ist für unsere Verhältnisse noch immer hoch, aber Österreich konnte das Phänomen, dass immer mehr Menschen einer Gesellschaft Erwerbsarbeit nachfragen, wesentlich besser bewältigen als die meisten anderen europäischen Industriestaaten.

- Selbst Regierungspolitiker sprachen im Wahlkampf immer von „rund 3,4 Millionen Beschäftigten“. Das sind allerdings nur die unselbstständig Erwerbstätigen. Zählt man die Selbstständigen aller sozialversicherungsrechtlicher Schattierungen, die Freiberufler

und Bauern dazu, dann sind es satte 4 Millionen. Gott allein weiß, warum dieses Faktum sogar vom Wirtschaftsminister, der auch für die Arbeit zuständig ist, nicht entsprechend faktenkonform artikuliert wird.

● Das Wirtschaftswachstum Österreichs wird in diesem Jahr real 3 Prozent ausmachen. Das ist ein Wert, von dem man noch vor Jahresfrist nur träumen konnte. Es ist ein Spitzenwert innerhalb der EU 25 ebenso wie in der Eurozone. In Deutschland wäre das zum zentralen Argumentationsinhalt der Regierenden in einer Wahlauseinandersetzung geworden, hierzulande verhallte der einschlägige Hinweis im lautstarken Gejammere der Opposition fast ungehört. Die fragenden Journalisten wollten es überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen.

● Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer. Dieser Standardsatz tönte sehr oft durch den Wahlkampf und er blieb selbst seitens der Regierungsvertreter meritorisch weitgehend unwidersprochen. Die Ausgangslage ist allerdings eine andere: Das Geldvermögen der Österreicher liegt mittlerweile bei rund 370 Mrd. Euro, also gut das Eineinhalbfache eines Jahres-BIP. Und die Verteilung ist keineswegs so „reichenlastig“ wie uns das immer suggeriert wird. Bei mehr als 5 Millionen Wertpapierkonten bzw. Depots wird man ja wohl kaum nur auf die „oberen Zehntausend“ stoßen. Knapp 6 Millionen Bausparverträge, deutlich mehr als 8 Millionen abgeschlossene Lebensversicherungen, rund 1 Million bereits abgeschlossener Verträge zur Prämien gestützten Eigenvorsorge, mehr als 1,5 Millionen unselbstständig Erwerbstätige in der Abfertigung neu und damit letztlich auch Wertpapier-sparer – das alles sind nicht wegdiskutierbare Indizien für Breitenwohlstand, auch was die Geldvermögensbildung betrifft.

Dazu gesellen sich mehr als 2 Millionen Eigenheime und Eigentumswohnungen sowie die Tatsache, dass in einigen österreichischen Bundesländern die durchschnittliche Wohnfläche, die dem Haushalt zur Verfügung steht, die 100-Quadratmeter-Marke überschritten hat.

Das soll und darf den Blick für jene, die im Schatten der Wohlstandsentwicklung leben, nicht verstellen. Aber wie sieht es um die in diesem Zusammenhang immer wieder behauptete soziale Kälte unserer angeblich so neoliberal strukturierten Wettbewerbsgesellschaft aus? Die Sozialquote, also die Summe aller Sozialausgaben der öffentlichen Hand (einschließlich der Transfereinkommen) liegt wieder über 29 Prozent des BIP. Das heißt, knapp ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung dient der Sicherung der Sozialsysteme und der Finanzierung von Transfers. Allein der Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung – durch die vielgeschmähte Pensionsreform 2003 einigermaßen stabilisiert – macht mehr als ein Drittel des gesamten Mehrwertsteueraufkommens aus.

Ländlicher Raum reicht bis Lissabon

● Übrigens Lissabon-Prozess: Unter den Indikatoren dieses EU – Konditionstrainings für gesamte Volkswirtschaften findet sich ein

*Satte 4 Millionen
Beschäftigte*

*Österreichs Wachst-
tum an der Spitze*

*Breitenwohlstand
auch bei
Geldvermögen*

*Keine „soziale
Kälte“:
Ein Drittel des BIP
dient der Sicherung
des Sozialsystems*

*Bundeszuschuss zur
Pensionsversicherung*

**Österreich:
Geringe regionale
Unterschiede der
Beschäftigungs-
quoten**

Parameter, der bisher von der öffentlichen Diskussion praktisch unberücksichtigt geblieben ist. Vielleicht liegt das an seinem sperrigen Titel. „Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten“ heißt das in echtem Brüsseler Technokratendeutsch. Doch dahinter verbirgt sich eine hochinteressante Analyse, an der vor allem die hierzulande dicht gesäten Verfechter des Föderalismus und der breitflächigen Wirtschaftsförderung vitales Interesse haben müssten. Es geht um die Messung der regionalen Unterschiede der Beschäftigungsquoten innerhalb eines Landes. Je geringer also diese „Dispersion“ ist, umso gleichmäßiger sind Erwerbsarbeit und somit auch Wirtschaftskraft über ein Land verteilt. Und siehe da: Österreich liegt mit einem Maximalunterschied von knapp 3 Prozentpunkten bei den Beschäftigungsquoten zwischen den einzelnen Bundesländern in der EU 25 am sensationellen 2. Platz, nur von den Niederlanden übertroffen.

**Ein Erfolg
flächendeckender
Wirtschafts-
förderung**

● Die Moral von der Geschichte? Es ist in Österreich offensichtlich gelungen, den Unterschied zwischen dynamischen Wirtschaftsregionen und ehemals strukturschwachen Gebieten – zumindest beschäftigungspolitisch – im europäischen Vergleich zu minimieren. In Italien etwa liegt diese Dispersion noch immer bei 17 Prozentpunkten, was nichts anderes bedeutet, als dass einzelne italienische Provinzen eine dramatisch niedrigere Beschäftigungsquote aufweisen als etwa die Spitzenregion Mailand – Lombardei.

**Ausbau des
Ländlichen Raumes**

Bei aller berechtigten Kritik am gelegentlich überbordenden Föderalismus: Das ist ein Erfolg flächendeckender Wirtschaftsförderung, des Ausbaues der Infrastrukturen und des Konzeptes Ländlicher Raum. Nur Letzteres spielte in der Wahlauseinandersetzung eine gewisse Rolle, weil sich die ÖVP traditionell als Schirmherin dieses Regionalkonzeptes versteht. Es kostet Geld, keine Frage, aber man kann es in seiner Effizienz – siehe die „Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten“ – mit Daten und Fakten unterlegen. Warum das seitens der politischen Akteure nicht geschieht, das bleibt eines der vielen Rätsel einer Wahldiskussion, die auf ganze Arsenale von Argumenten verzichtet ...

**Österreich:
drittniedrigste
Langzeit-
arbeitslosigkeit**

● Beschäftigung und Bildungspolitik waren und bleiben die oppositionellen Hauptangriffspunkte. Jeder Arbeitslose ist einer zuviel. Aber wo bleibt auch in diesem Zusammenhang die Strukturdebatte? 30 Prozent der im Winter als arbeitslos geführten sind im Besitze einer Wiedereinstellungszusage. Die Langzeitarbeitslosigkeit liegt in Österreich (wieder lohnt ein Blick in die Lissabon-Kriterien) mit 1,2 Prozent der gesamten Erwerbsbevölkerung am unteren Ende der EU-Tabelle, unterboten von Schweden und Großbritannien.

**85 Prozent
Maturaniveau**

● Strukturelle Arbeitslosigkeit, vor allem dann, wenn es um mangelnde Qualifikation geht, wird meist im Kapitel „Bildungskatastrophe Marke Gehrler“ subsumiert. Ohne Frage, im Bildungswesen liegt einiges im Argen, aber wieder machen Daten und Fakten sicherer als der weitverbreitete Gehrler-Reflex.

Mehr als 85 Prozent der 20 bis 24-Jährigen in Österreich haben einen schulischen Abschluss zumindest der Sekundarstufe, also stehen auf Matura-Niveau.

Das ist ein außerordentlich guter EU-Wert, der interessanterweise nur von einigen der neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft übertroffen wird.

Solchermaßen überdurchschnittlich mit Formalqualifikation auch für das Berufsleben (siehe BHS) versehen, ist es dann eine leichter erklärbare Folge, dass hierzulande die Akademikerquote geringer ist als anderswo. Darüber hinaus hat die OECD, deren einschlägige Statistiken in diesem Zusammenhang immer wieder zitiert werden, einen sehr weitherzigen Akademikerbegriff zugrunde gelegt. Mit dieser statistischen Unschärfe sollte man sich auch einmal in der Öffentlichkeit befassen.

● Auch die regionale Verantwortung für das Bildungssystem – abseits der Bundeskompetenzen und Bundesschuldzuweisungen – bleibt in der Bildungsdiskussion weitgehend unbeleuchtet. Darum sei Licht aufgedreht. Von allen österreichischen Arbeitslosen, die über keinen Schulabschluss verfügen und somit als erschwert vermittelbar bezeichnet werden müssen, sind mehr als 70 Prozent allein beim AMS in Wien gemeldet. Grund genug in einer Wahlauseinandersetzung auch die regionale Bildungspolitik kritischer Bewertung zu unterziehen.

Ein Parlamentswahlkampf ist kein volkswirtschaftliches, oder gar strukturpolitisches Seminar. Aber eine ernstgemeinte politische Auseinandersetzung muss doch endlich dem Faktum Rechnung tragen, dass so gut wie jedes Thema, und das gilt selbst für die Kultur oder den Sport, mittlerweile eine Querschnittsmaterie darstellt, die handfeste wirtschaftliche Facetten aufweist.

Das deutsche Feuilleton diskutiert seit Jahr und Tag Glanz und Elend des Primates der Ökonomie über so gut wie alle Bereiche unserer Gesellschaft.

In Österreich sind wir noch keineswegs soweit. Hier wurde nicht einmal noch der Primat in öffentlicher und veröffentlichter Meinung so richtig zur Kenntnis genommen.

Die Opposition scheut Fakten, denn diese könnten die Parolen konterkarieren. Die Regierenden hätten Fakten, aber sie befürchten taube Ohren in einer alles andere als ökonomieaffinen Gesellschaft. Den meisten politischen Medien hingegen fehlt einfach die Kompetenz zur Fragestellung, geschweige denn die Fähigkeit zur Bewertung der Antworten.

Na dann, bis zum nächsten Mal. Spätestens 2010 wird dann alles besser...

Hinweise zum faktenvertiefenden Weiterlesen:

Dr. Robert Kremlicka, „Wohlstand sucht Wachstum“, erschienen 2005 bei LINDE populär, Wien, ISBN 3 – 7093 – 0076 – 2

Wirtschaftsbericht Österreich 2006, Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wien 2006

***Akademikerquote:
Statistische
Unschärfe***

***Regionale Verant-
wortung für die
Bildungspolitik:
Bleigewicht Wien***

***In Deutschland
wird ökonomisch
diskutiert!***

***Die Opposition
scheut Fakten, die
Regierung fürchtet
taube Ohren***